STADT SANKT AUGUSTIN

DER BÜRGERMEISTER

Dienststelle: FB 1 / Fachbereich 1 - Ordnung

Sitzungsvorlage

Datum: 14.11.2007

Drucksache Nr.: **07/0449**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung
Rat	12.12.2007	öffentlich / Entscheidung

Betreff

Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen in Sankt Augustin; hier: Verkaufsoffene Sonntage im Jahr 2008

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Sankt Augustin trifft gemäß § 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe f GO NRW folgende Entscheidung:

„Es wird die in der Anlage zu dieser Vorlage beigefügte Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen in Sankt Augustin erlassen.“

Problembeschreibung/Begründung:

Der Rat hat in seiner Sitzung am 14.03.2006 u. a. beschlossen, dass die städtische Wirtschaftsförderungsgesellschaft aufgefordert wird, im Zusammenwirken mit den Geschäftsleuten und den Gewerbetreibenden der Stadt einen Veranstaltungskalender zu erstellen, um die Koordination zwischen den verschiedenen Interessengruppen zu garantieren.

Aus diesem Grunde hatte die Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung der Stadt am Montag, dem 12.11.2007, den betreffenden Personenkreis zu einem gemeinsamen Abstimmungsgespräch eingeladen.

Ein Kernpunkt dieser Zusammenkunft war die einvernehmliche Festlegung von Verkaufssonntagen in den einzelnen Stadtbezirken.

Grundlage für die Freigabe von Verkaufssonntagen ist das Gesetz zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW), das am 21.11.2006 in Kraft getreten ist. Demzufolge dürfen grundsätzlich Verkaufsstellen im Sinne von § 4 Abs. 1 Satz 1 LÖG NRW an Sonn- und Feiertagen nicht geöffnet sein, jedoch regelt § 6 LÖG NRW, dass - abweichend von dieser Vorschrift - Verkaufsstellen an jährlich höchstens vier Sonn- und Feiertagen für die Dauer von 5 Stunden geöffnet sein können. Ebenfalls neu wurde geregelt, dass diese Verkaufssonntage nicht im Zusammenhang mit besonderen öffentlichkeitswirksamen Ereignissen

abzuhalten sind, wie beispielsweise Messen, Märkte oder ähnliche Großveranstaltungen.

Darüber hinaus wurde auch die Freigabe der Verkaufssonntage für den Monat Dezember neu geregelt. Während vor Inkrafttreten des Ladenöffnungsgesetzes keine Sonntage im Dezember für den Verkauf freigegeben werden durften, sind mit Inkrafttreten des neuen Gesetzeswerkes lediglich die Freigabe von drei Adventssonntagen sowie der 1. und 2. Weihnachtstag ausgenommen. Gleiches gilt für den Oster- und Pfingstsonntag sowie die stillen Feiertage im Sinne des Feiertagsgesetzes NRW. Dies hat zur Folge, dass nunmehr an einem Adventssonntag ein verkaufsoffener Sonntag für die Dauer von 5 Stunden stattfinden darf und somit den Einzelhändlern die Möglichkeit gegeben werden kann, ihre Geschäfte am Rande von Weihnachtsmärkten zu öffnen.

Gemäß § 6 Abs. 4 LÖG NRW wird die zuständige örtliche Ordnungsbehörde ermächtigt, Verkaufssonntage nach § 6 Abs. 1 LÖG NRW durch Verordnungen freizugeben. Dabei kann sich die Freigabe auf bestimmte Bezirke, Ortsteile und Handelszweige beschränken.

Bei der Festsetzung der Öffnungszeiten ist auf die Zeit des Hauptgottesdienstes Rücksicht zu nehmen. Darüber hinaus ist ebenfalls geregelt, dass nunmehr weder eine vorherige Anhörung der Vertreter der Kirchengemeinden noch eine Anhörung der Sozialpartner (z. B. Gewerkschaften und Einzelhandelsvertretungen) vor Erlass einer entsprechenden ordnungsbehördlichen Verordnung durchzuführen ist.

In seiner Sitzung am 14.03.2006 hat der Rat der Stadt Sankt Augustin ebenfalls beschlossen, dass der für 2006 vorgesehene verkaufsoffene Sonntag wie geplant am 01.10.2006 stattfinden könne (Erntedankfest), jedoch gleichzeitig klar zum Ausdruck gebracht, dass in Zukunft der verkaufsoffene Sonntag nicht mehr am Erntedankfest stattfinden darf.

Diesem Beschluss wurde in der Regelung der Freigabe von Verkaufssonntagen im Jahr 2007 entsprechend Rechnung getragen.

In der Zusammenkunft am 12.11.2007 haben jedoch die Vertreter des Einzelhandels aufgrund ihrer Erfahrungen aus dem Jahr 2007 einvernehmlich erklärt, dass eine Terminverlegung für einen Verkaufssonntag über den 1. Sonntag im Monat hinaus wirtschaftlich nicht zu realisieren ist. Aus diesem Grunde ist gebeten worden, im Jahr 2008 eine Ausnahme für Sonntag, den 05.10.2008 (Erntedankfest) im Rahmen der Verordnung zuzulassen.

Da eine Verlegung - wie oben dargelegt - nicht realisierbar sei, würde dann selbstverständlich auch der in diesem Zusammenhang durchgeführte „Mittelalterliche Jahrmarkt“ im Bereich des Karl-Gatzweiler-Platzes nicht mehr durchgeführt werden können. Obwohl von Seiten der Verwaltung eindringlich auf die bestehende Beschlusslage hingewiesen worden war, konnte ein Abrücken von diesem Wunschtermin nicht erreicht werden.

Im Jahr 2007 war die Freigabe der Verkaufstermine für die Stadtbezirke Sankt Augustin-Mülldorf, Sankt Augustin-Niederpleis und Sankt Augustin-Ort zusammengefasst worden, um möglichen Gewerbetreibenden in den Stadtbezirken Sankt Augustin-Mülldorf und Sankt Augustin-Niederpleis die Möglichkeit einzuräumen, die für die Gewerbebetriebe im Stadtbezirk Sankt Augustin-Ort festgelegten Termine, als direkte Nachbaranlieger der angrenzenden Stadtbezirke, ebenfalls wahrnehmen zu können.

Im Jahr 2008 sind jedoch für den Bereich Sankt Augustin-Niederpleis eigenständige Aktivitäten zu erwarten, so dass nunmehr lediglich ein Zusammenlegen der Stadtbezirke Sankt Augustin-Mülldorf und Sankt Augustin-Ort im Jahr 2008 erfolgen wird.

Aus den vorgenannten Gründen schlägt die Verwaltung dem Rat der Stadt Sankt Augustin vor, die als Anlage 1 beigefügte Ordnungsbehördliche Verordnung zu erlassen. Hierbei wurde der Wunschtermin 05.10.2007 zunächst mit aufgenommen.

In Vertretung

Lehmacher
Erster Beigeordneter

<Name des Unterzeichnenden>

Die Maßnahme

- hat keine finanzielle Auswirkungen
 hat finanzielle Auswirkungen

Die Gesamtkosten belaufen sich auf €.

- Sie stehen im Verw. Haushalt Verm. Haushalt unter der Haushaltsstelle zur Verfügung.

- Der Haushaltsansatz reicht nicht aus. Die Bewilligung über- oder außerplanmäßiger Ausgaben ist erforderlich

Für die Finanzierung wurden bereits veranschlagt € , insgesamt sind €
bereitstellen. Davon im laufenden Haushaltsjahr €.